

Boris Pistorius bekommt Rückendeckung von der Opposition CDU-Innenexpertin Jahns: Filmen und Fotografieren durch Gaffer unter Strafe stellen – Schutzparagrafen für Rettungskräfte und Polizisten einführen

Mittwoch 8. Juli 2015 - **Hannover (wbn)**. Die innenpolitische Sprecherin der **CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns, unterstützt die Forderung von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD), das Filmen und Fotografieren durch Gaffer an Unfallorten unter Strafe zu stellen. Wörtlich bezeichnete Jahns den Vorschlag als „sinnvoll“.**

Hintergrund sind die Ereignisse im Umfeld eines schweren Verkehrsunfalls mit zwei Todesopfern in Bremervörde am vergangenen Sonntag. Dabei hatten Schaulustige den Rettungseinsatz gefilmt und sich eine körperliche Auseinandersetzung mit Polizisten und Rettungskräften geliefert. Zwei Beamte wurden bei der Rangelei verletzt.

Fortsetzung von Seite 1

„Der Vorfall in Bremervörde ist leider kein Einzelfall. Es darf nicht sein, dass sich Gaffer mit Bildern wehrloser Unfallopfer im Internet profilieren. Hier geht es um die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen“, sagt Jahns. Ein möglicher Vorstoß Niedersachsens in diesem Zusammenhang müsse jedoch rechtlich sorgfältig abgewogen werden. Jahns: „Wir brauchen Regelungen, die Schaulustige abschrecken - gleichzeitig müssen wir aber dafür sorgen, dass die Berichterstattung und Dokumentation bestimmter Ereignisse im Sinne des öffentlichen Interesses nicht grundsätzlich verhindert wird.“

Der Fall Bremervörde zeige erneut, dass auch Rettungskräfte und Polizisten besser vor

Niedersachsen: Politiker wollen Gaffer von Unfallstellen fernhalten

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 08. Juli 2015 um 14:36 Uhr

Angriffen geschützt werden müssten. „Die Zahl der Übergriffe ist in den letzten Jahren rapide angestiegen - ein eigener Schutzparagraph, wie ihn die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Niedersachsen fordert, ist längst überfällig“, so Jahns. Sie fordert Innenminister Pistorius auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative, die das Saarland gemeinsam mit Hessen auf den Weg gebracht hat, zu unterstützen.